



Den Vorrang hat der Mensch!

(3. Fortsetzung)

Ein humanistisches Manifest und ein Programm als Führer zu den Prinzipien und Zielen des Humanismus.

Erich Fromm: Humanismus im 21. Jahrhundert

Verwirklichung von menschlicher Freiheit, Würde, Kreativität, Vernunft, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der Humanismus des 21. Jahrhunderts, so wie ihn Erich Fromm beschrieben hat, will die materielle Grundlage für ein menschenwürdiges Dasein für alle schaffen. Er will, dass die Arbeit das Kapital, und nicht das Kapital die Arbeit lenke. Für den Humanismus sind Arbeit und Kapital nicht nur zwei wirtschaftliche Kategorien. Für ihn sind es zwei Prinzipien: das Kapital das Prinzip angehäufter Dinge, das Prinzip des Habens; die Arbeit das Prinzip des Lebens und der Kräfte des Menschen, das Prinzip des Seins und des Werdens. Die Humanisten erkennen, dass in den heutigen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften die Dinge das Leben dirigieren; dass das Haben grösseres Gewicht besitzt als das Sein. Das Ziel des Humanismus ist die Emanzipation des Menschen, seine Wiederherstellung als ein den menschlichen Werten nicht entfremdetes und nicht verkrüppeltes Individuum, das in eine neue, reiche, spontane Beziehung zu seinen Mitmenschen und zur Natur treten soll.

Das Ziel des Humanismus ist, dass der Mensch die Ketten, die ihn binden, die Fiktionen und Unwirklichkeiten abschütteln und sich in ein Wesen verwandeln soll, das von den Kräften seines Fühlens und Denkens schöpferischen Gebrauch machen kann. Der Humanismus will, dass der Mensch unabhängig wird, das heisst dass er auf eigenen Füßen stehen kann, und er glaubt, dass der Mensch nur dann auf eigenen Füßen stehen kann, wenn er – wie Marx sagte – seine Existenz selbst verdankt, denn «jedes seiner menschlichen Verhältnisse zur Welt, Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz alle Organe seiner Individualität ... sind in ihrem gegenständlichen Verhalten oder in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Betätigung seiner menschlichen Wirklichkeit». Ziel des Humanismus

ist Einheit von Mensch und Mensch und von Mensch und Natur.

Im völligen Widerspruch zu der häufig geäusserten Klischeevorstellung, das Verlangen nach möglichst grossem materiellem Gewinn sei der fundamentalste menschliche Trieb, glauben die Humanisten, es liege nur an der Struktur unserer gegenwärtigen Gesellschaft, dass das materielle Interesse das tiefgreifendste Motiv für die Menschen ist, und der Humanismus würde es möglich machen, dass sich nicht materielle Motive durchsetzen, und würde so den Menschen aus seiner Versklavung durch materielle Interessen befreien. Es ist nicht wahr, dass nur das «Profit-Motiv» den Menschen motiviert, sein Bestes zu leisten.

Das Ziel des Humanismus ist Individualität, nicht Uniformität; es ist die Befreiung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fesseln. Der Humanismus will nicht materielle Ziele zum Hauptzweck des Lebens machen; er will die volle Solidarität aller Menschen, und nicht die Manipulation und Beherrschung eines Menschen durch einen anderen. Das Prinzip des Humanismus lautet, dass jeder Mensch nur sich selbst zum Ziel hat und dass er niemals zum Mittel für einen anderen Menschen werden darf. Der Humanismus will eine Gesellschaft schaffen, in der jeder Bürger aktiv und verantwortlich an allen Entscheidungen teilhat und in der er daran teilhaben kann, weil er ein Mensch ist und kein Ding, weil er Überzeugungen und keine künstlich erzeugten Meinungen hat.

Für den Humanismus ist nicht nur die Armut, sondern auch der Reichtum ein Verhängnis. Die materielle Armut beraubt den Menschen der Grundlage für ein menschlich reiches Leben. Der materielle Reichtum korrumpiert den Menschen, ebenso wie die Macht. Er zerstört in ihm das Gefühl für das Mass und für die der menschlichen Existenz innewohnenden Grenzen; er erzeugt ein unwirkliches, fast verrücktes Gefühl der «Einzigartigkeit» eines Individuums und gibt ihm das Gefühl, dass er nicht den gleichen Grundbedingungen der Existenz unterworfen sei wie seine Mitmenschen. Der Humanismus möchte, dass der materielle Wohlstand den echten Zielen des Lebens dient; er lehnt den individuellen Reichtum als eine Gefahr für die Gesellschaft wie auch für den einzelnen ab. Tatsächlich bezieht sich sein Widerstand gegen

die heutige Gesellschaft auf eben diesem Prinzip. Die heutige Gesellschaft glaubt an ein ständig materielles Wachstum, an ständig wachsenden Reichtum, während der Humanismus eine ständig wachsende menschliche kreativ-schöpferische Produktivität, Lebendigkeit und ein immer grösseres menschliches Glück zum Ziel hat und materiellen Komfort nur soweit anstrebt, wie dies seinen humanen Zielen förderlich ist. Der Humanismus will eine klassenlose Gesellschaft, in der dem einzelnen Freiheit und Initiative zurückgegeben werden.

Soweit das humanistische Manifest in «Den Vorrang hat der Mensch».

«Der Humanismus des 21. Jahrhunderts will die materielle Grundlage für ein menschenwürdiges Dasein für alle schaffen. Er will, dass die Arbeit das Kapital, und nicht das Kapital die Arbeit lenke.»

Obiger Einleitung bei Erich Fromm stellen wir in unserem Arbeitskreis einen Aufsatz von Peter Robejsek, Hamburg, erschienen in der NZZ vom 14.8.2008 gegenüber: «Von der unsichtbaren Hand der Autokraten».

«Der Wettbewerb zwischen demokratischen und autoritären „Systemen“ geht zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges weiter. Im Spiel ist aber nicht mehr die Ideologie. Die gegenwärtige Erscheinungsform ist die Konkurrenz zwischen demokratischen und undemokratischen Marktgesellschaften. Für die westlichen Gesellschaften ist das Wirtschaftswachstum Voraussetzung für ihre politische Stabilität. Die demokratisch gewählten Regierungen sind (im Gegensatz zu den autoritären Regimen) von der Zufriedenheit der Bevölkerung direkt abhängig. Solange die Regierung die Rahmenbedingungen für Wohlstand und Sicherheit garantiert, bleiben die Bürger loyal. Wenn das nicht mehr aufgeht, wird der Regierung der Gehorsam gekündigt.

Der Westen erreichte vor 20 Jahren nur einen halben Sieg, weil sich die demokratischen politischen Konzepte, wie Menschenrechte, geheime Wahlen, Pressefreiheit nicht durchsetzen konnten. Ganz im Gegenteil. Die westlichen wirtschaftlichen Konzepte entfalten in den autoritären Staaten gerade deshalb so hohe Effizienz, weil ihre Umsetzung nicht durch demokratische Freiheiten „gestört“ wird.

In der Demokratie wird der Wohlstand einer Gesellschaft nicht nur nach wirtschaftlicher Leistung, sondern auch nach den Gerechtigkeitsvorstellungen verteilt. Dadurch wird die politische Stabilität und Friedfertigkeit des Staates gestärkt, sein wirtschaftliches Potenzial aber nicht voll ausgeschöpft. Dagegen können die autoritären Regierungen (wie in China) die eigene Währung manipulieren und niedrige soziale Standards durchsetzen oder (wie in Russland) die in- und ausländischen Investoren nach Bedarf enteignen. Die Menschen in den autoritär geführten Staaten dürfen zwar Geld verdienen, nicht aber ihre Machthaber kontrollieren. Und diese kennen nur zwei Worte: Macht und Geld.

Wenn wir die ethische Ebene ausklammern und nur über die politische Praxis sprechen, dann sind die autoritären Regime der Demokratie überlegen. Die Qualität der Entscheidungen ist zwar in beiden Fällen eher mässig. Bei der Entscheidungsfindung und der Umsetzung ist aber offensichtlich die Regierung im Vorteil, die beides schneller zustande bringt. Die autoritäre Regierungsform ermöglicht eindeutige Zielbestimmung, schnelle Entscheidungen, ziegerichtetes Handeln und Missachtung der eigenen und der fremden öffentlichen Meinung.

Manches deutet darauf hin, dass die autoritären Regime an die Herausforderungen der Gegenwart besser angepasst sind und dass die Demokratien in friedlichem Wettbewerb mit autoritären Gesellschaften nicht bestehen können.

Welche Handlungsoptionen haben wir?

Die demokratischen Staaten könnten schrittweise das demokratische Entscheidungsmodell aufgeben und damit ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ gegenüber den autoritären Regierungen verbessern. So absurd, wie es klingt, ist es nicht. Bereits jetzt verbessern demokratische Regierungen ihre Handlungsfähigkeit dadurch, dass sie das Wahlvolk aus dem Entscheidungsprozess verdrängen. Die EU-Integrationspolitik steht und fällt mit dem Ausschluss des Wahlvolks; in der Klima- und Energiepolitik zeichnet sich eine ähnliche Tendenz ab.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass undemokratische und demokratische Marktwirtschaften lediglich nebeneinander, aber nicht miteinander existieren. Es würde sich um eine dosierte wirtschaftliche Abgrenzung von den

autoritären Gesellschaften handeln. Die Waren- und Finanzströme müssten deutlich schärfer kontrolliert werden, und der Warenaustausch zwischen den demokratischen und den undemokratischen Marktwirtschaften müsste gebremst werden.

Der Westen sollte sich eingestehen, dass einige Elemente seines Wirtschaftssystems verändert werden müssen. Zum Teil sind wir schon dabei, aber wir müssten noch weiter gehen. Es gäbe beispielsweise Möglichkeiten, das Leben der westlichen Spekulanten durch schärfere Kontrollen zu erschweren. Oder vielleicht sollten wir die Neigung revidieren, das Einvernehmen und die Partnerschaft mit autoritären Partnern um jeden Preis zu erreichen. Diese scheuen weder Konkurrenz noch Konflikt. Ist es klug und wird es honoriert, wenn das westliche Fairplay auch für autoritäre Konkurrenten, die unter Umständen verkappte Gegner sind, gelten soll?

Udenkbar? Vielleicht. Aber wenn sich die Demokratien nicht zu einer wirtschaftlichen Abgrenzung (und zu einer offensiveren Aussenpolitik) durchringen, werden sie mit hoher Wahrscheinlichkeit durch den ungebremsten Kapitalismus der autoritären Gesellschaften überrollt. Sie werden zuerst enteignet und anschliessend entmachtet.»

Soweit Peter Robejsek (wir haben in unserer Zusammenfassung die beschriebene Öl-Energiekrise vom Sommer 2008 bewusst ausgeklammert).

Nach dem Fall der Berliner Mauer gab es noch weitere grosse Veränderungen im Westen. So verabschiedeten sich die Raubtierkapitalisten von ihren Sozialpartnern. Sie scheuten sich nicht, ihre Produktionsstätten im Westen abzureissen und im Osten neu aufzubauen. Grund: billigere Lohnkosten – und dafür exorbitante Löhne für Manager – und mehr als zufriedene Aktionäre. Zusammen mit den Gewerkschaften und den linken Ideologen haben sie ab Kriegsende die Schweiz zu einem Hochlohnland «emporverhandelt» und gleichzeitig zu einem Hochpreisland gemacht. Jetzt ist die ganze Wertschöpfung, das Know-How, die Forschung und Weiterentwicklung ausgelagert – und wir staunen nun, dass kleine und mittlere Unternehmen plötzlich zu wenig oder keine Aufträge mehr haben, Schulabgänger keine Lehrstelle mehr finden und die Arbeitslosenzahlen ... nein, diese sind nicht gestiegen. Ein raffiniertes System Arbeitslosenversicherung – Sozialversicherung gibt die Möglichkeit, Ausgesteuerte aus al-

len Statistiken fallen zu lassen und dementsprechend quartalsweise «gute» Zahlen zu veröffentlichen. Ehrlicherweise: die Konjunktur wurde auch angekurbelt. Aber wie? Die Grossbanken verkauften den Sparern und den Lebensversicherern wertlose «Wertschriften» und finanzierten in den letzten Jahren einen unglaublichen Bauboom. Wer soll diese Wohnungen alle mieten oder kaufen? (Über die «Finanzkrise» wollen wir uns nicht äussern.)

Ja, lieber Erich Fromm, Humanismus und menschenwürdiges Dasein – das braucht noch einige Zeit. Und trotzdem wollen wir in unserem Arbeitskreis einen Versuch wagen und das «Programm als Führer zu den Prinzipien und Zielen des Humanismus» aufstellen.

*Jede Krise ist auch ein Neuanfang. Die Vision vom messianischen Zeitalter lassen wir uns aber nicht nehmen: **Frieden in der Welt – und Brot für alle.***

Liebe Leserin, lieber Leser: machen Sie mit beim Erarbeiten dieses Programms! Jeder Beitrag ist willkommen.

Wir werden Anfang Dezember 2008 diesen Brief miteinander besprechen. Wenn Sie an der Zusammenkunft teilnehmen möchten, erfragen Sie bitte den genauen Termin bei:

Oskar Jäggi-Zimmermann
Brandenbergstrasse 9, CH-8304 Wallisellen
Tel. 044 / 883 16 13 E-Mail ojrz@wwg.ch

Diskussionsbeiträge sind willkommen!